

Rheinland-Pfalz

Kirche schützte nur die Täter

Was im Missbrauchsgutachten über die Ära von Triers Alt-Bischof Stein steht – Und wie Opfervertreter darauf reagieren

Von Rolf Seydewitz

■ **Trier.** In den 1960er- und 1970er-Jahren gab es in der katholischen Kirche besonders viele Missbrauchsfälle. Was wusste der damalige Trierer Bischof Bernhard Stein von den Verbrechen? Es gibt neue Antworten auf diese Frage.

Während der Amtszeit des ehemaligen Trierer Bischofs Bernhard Stein gab es noch mehr sexuelle Übergriffe durch Geistliche, als bislang bekannt ist. Und: Der 1993 verstorbene Bischof kümmerte sich zu Lebzeiten nicht um den Schutz der Opfer, sondern sorgte sich in erster Linie um die Täter und das Ansehen der katholischen Kirche. Zu diesem Ergebnis kommt ein Gutachten der Universität Trier, das am Freitag der Öffentlichkeit vorgestellt wurde.

„Auch für mich persönlich als Bischof ist es bedrückend, dies als Teil der Geschichte unseres Bistums anzunehmen und zu sehen, dass einer meiner Vorgänger zusammen mit seinen engsten Mitarbeitern in dieser Weise gehandelt und damit Menschen schwer geschadet hat.“

So lautet die Stellungnahme vom Trierer Bischof Stephan Ackermann zu der neuen Missbrauchsstudie.

Der im Auftrag der Unabhängigen Aufarbeitungskommission erstellte Zwischenbericht wird nicht nur in Trier mit Spannung erwartet. Letztendlich soll er die Frage beantworten, inwiefern sich der von 1967 bis 1981 amtierende Stein an der Vertuschung von Missbrauchstaten seiner Kleriker beteiligt war.

Die Trierer Opfervereinigung Missbit erhebt in diesem Zusammenhang schon seit Längerem schwere Vorwürfe gegen den einstigen Bischof. So soll Stein in den 1960er-Jahren einen wegen mehrfachen Missbrauchs aufgefallenen Kaplan als Priester in die Eifel versetzt haben, obwohl er über die Missbrauchsvorwürfe gegen den Geistlichen informiert worden sei. An der neuen Wirkungsstätte soll sich der Priester dann weiter an



Darf der Bischof-Stein-Platz in unmittelbarer Nähe zum Trierer Dom weiter so heißen – angesichts der Erkenntnisse aus dem Missbrauchsgutachten? Die Studie erhärtet schwere Vertuschungsvorwürfe gegen den früheren Trierer Bischof Bernhard Stein.

Foto: Birgit Reichert/dpa

Jungen und Mädchen vergangen haben. Ein Fall, den auch der Uni-Zwischenbericht aufgreift und bestätigt. „So setzte sich die kriminelle Karriere des Missbrauchstäters fort“, heißt es in dem 54 Seiten starken Gutachten wörtlich.

Missbit schätzt, dass allein von den 325 unter Bernhard Stein im Bistum Trier geweihten Priestern 10 Prozent Täter geworden sind. Das Gutachten spricht von 81 Beschuldigten und 305 Opfern in der Ära Stein. Und die Aufarbeitungskom-

mission rechnet damit, dass diese Zahlen noch weiter steigen werden. Das Gremium wirft dem damaligen Führungskreis des Bistums ein „systematisches und planmäßiges, den mutmaßlichen Tätern schützendes Vorgehen“ vor. Damit hätten

die damals Verantwortlichen „zumindest eine moralische und systematische Mitverantwortung an den Geschehnissen“. Bischof Stein sei Teil dieses Systems gewesen.

Der Satz dürfte Wasser auf die Mühlen derjenigen sein, die als

Konsequenz des Vertuschens schon seit Längerem fordern, den 2011 nach dem ehemaligen Bischof benannten Platz hinter dem Trierer Dom umzubenennen. In der Vergangenheit hieß es immer, man wolle vor einer Entscheidung das Stein-Gutachten abwarten. Nun liegt es vor.

In einer ersten Stellungnahme sagte ein Missbit-Sprecher, nun könne sich der Trierer Stadtrat nicht mehr weigern, den Platz umzubenennen und Bischof Stein die Ehrenbürgerwürde abzuerkennen. Die Fakten seien eindeutig und entsetzlich. Scharfe Kritik äußerte Missbit abermals am Trierer Bischof Stephan Ackermann. Er habe die Aufarbeitung verschleppt, die Öffentlichkeit getäuscht und die Opfer retraumatisiert. Deshalb müsse Ackermann umgehend zurücktreten, so die Forderung von Missbit-Sprecher Hermann Schell.

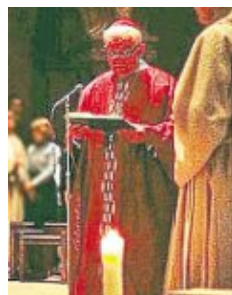
Ackermann sagte, die am Freitag vorgestellte Studie liefere wichtige Informationen zur laufenden Debatte über die politische und moralische Bewertung von Bischof Stein. Das Bistum werde die Entscheidung über eine mögliche Umbenennung des Bischof-Stein-Platzes akzeptieren, wie auch immer sie ausfalle. Er könne sich vorstellen, den Platz als Ort zu nutzen, an dem an die Betroffenen sexualisierter Gewalt im Bistum erinnert werde, sagte Ackermann.

Die gesamte Stellungnahme von Bischof Ackermann findet man unter www.ku-rz.de/bischofwortlaut. Der Zwischenbericht der Universität Trier zur Amtszeit von Bischof Stein ist ebenso wie die Stellungnahme der UAK zu lesen unter www.ku-rz.de/bischofbericht

Details aus dem Bericht der Unabhängigen Aufarbeitungskommission: So funktionierte das System Stein

Die Zahlen von Fällen sexuellen Missbrauchs seien zu Bischof Bernhard Steins Amtszeit „deutlich höher“ gewesen als die Fallzahlen während anderer Amtszeiten, teilte die Unabhängige Aufarbeitungskommission (UAK) mit. Die Taten erfolgten an Messdienern in Sakristeien, in den Wohnungen von Pfarrern und Kaplänen sowie in Ferienlagern und Freizeithäusern. Die historische Studie offenbare „ein dem Grunde nach systematisches und planmäßiges, den mutmaßlichen Tätern schützendes Vorgehen durch den Führungskreis des Bistums“, teilte die Kommission mit. Die Vorgänge seien grundsätz-

lich geheim gehalten und mündlich bearbeitet worden, es habe „Ringe des Schweigens“ gegeben. Dabei sei es darum gegangen, „den guten Ruf von Kirche“ nicht zu gefährden, hieß es. Das Bistum unter Stein habe wie bereits unter seinem Vorgänger die Kooperation mit der Staatsanwaltschaft vermieden, „um einen Skandal zu vermeiden“. Wenn Täter strafversetzt wurden, habe es keine „ausreichende



Bischof Stein im Jahr 1978 in Koblenz

Foto: Lothar Spurzem/CC BY-SA 2.0 DE

Nachkontrolle“ am neuen Einsatzort gegeben, die Perspektiven von Betroffenen seien missachtet worden. Viele der Opfer seien „schwerst traumatisiert“ worden. „Die Spur beschädigter Lebensschicksale“ reiche bis in die Gegenwart. Nach den Akten habe Bischof Stein in keinem Fall mit Opfern gesprochen, es habe keine seelsorgerischen oder anderen Hilfsangebote gegeben. „Viele haben bei der Verdrängung, Vertu-

schung und Verharmlosung der Taten mitgewirkt“, hieß es in der Stellungnahme der UAK. So konnte sich demnach „eine systematische Aufrechterhaltung des sexuellen Missbrauchsgeschehens etablieren“. Der in Weiler bei Ulmen (Kreis Cochem-Zell) geborene Bischof Stein (1904–1993) sei beim Umgang mit elf Missbrauchstätern beteiligt gewesen. Da habe es die gleichen Reaktionen gegeben wie in anderen Fällen: „Von ihm sind der UAK keine Bemühungen bekannt, beim Umgang von Missbrauchsfällen umzu- steuern“, hieß es. Daher gehe man davon aus, dass er das damalige System gestützt habe. Er habe bei

neun beschuldigten und geständigen Priestern Exerzitien angeordnet, aber nicht konsequent in allen Fällen. Es folgten Strafversetzungen, der Ausschluss aus dem Priesterstand sei aber nur gegen zwei Wiederholungstäter ausgesprochen worden. „In den meisten ihm vorgelegten Fällen schonte Stein die geständigen und überführten Priester“, heißt es im Bericht. „Es bleibt das Resümee, dass durch die zögerliche und wenig entschlossene Verhaltensweise der Bistumsleitung Tätern und Taten kein substanzieller Einhalt geboten wurde“, bilanziert das Gremium schließlich. dpa

50 000 Euro für Krebspatienten und ihre Familien

HELFT UNS LEBEN unterstützt Verein Lebenswert – Psychische Betreuung ist ebenso wichtig wie medizinische Versorgung

■ **Rheinland-Pfalz.** HELFT UNS LEBEN, die Benefizaktion der Rhein-Zeitung und ihrer Heimat-Ausgaben, unterstützt den Verein Lebenswert mit 50 000 Euro. Dies gaben jetzt Manuela Twer, Vorsitzende von HELFT UNS LEBEN, und Professor Werner Görg, Vorsitzender von Lebenswert, nach einem Treffen im Koblenzer Verlagshaus der RZ bekannt.

Lebenswert entstand 1997 an der Klinik für Innere Medizin an der Universitätsklinik Köln und hat seither knapp 1000 Mitglieder gewonnen. „Damit sind wir die größte Initiative dieser Art in Deutschland“, betont Görg. Von Beginn an sei man mit Lebenswert angetreten, eine Lücke zu füllen, die die Krankenkassen gelassen hätten. „Die nachgelagerte psychische Betreuung von Krebspatienten war seinerzeit von den gesetzlichen Kassen überhaupt nicht abgedeckt. Bis heute hat sich das nur in geringem Umfang geändert“, ergänzt Günter Zwilling, Schatzmeister von Lebenswert.

Der Verein ist auf dem Gelände der Kölner Uniklinik in eigenen



Beim Treffen in Koblenz (von links): Prof. Werner Görg, Vorsitzender des Vereins Lebenswert, Manuela Twer, Vorsitzende von HELFT UNS LEBEN, ihr Stellvertreter Lars Hennemann, und Günter Zwilling, Schatzmeister von Lebenswert.

Foto: Gemmer

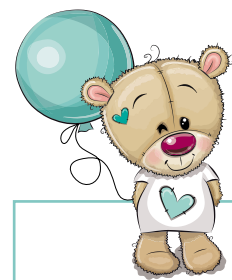
Räumen untergebracht und hat mit der Klinik einen Kooperationsvertrag. Alle therapeutischen Angebote werden dem Bereich Klinische Psychoonkologie des Klini-

kums zugeordnet, während Lebenswert als Förderverein dafür fungiert.

Unterstützt und ermöglicht wird so eine Vielzahl von Angeboten.

So gibt es therapeutische Maßnahmen durch psychologische Begleitung, Kunst- und Musikprojekte, Bewegungstrainings bis hin zu Kosmetikseminaren. „Es ist mittlerweile auch statistisch ganz klar bewiesen, dass diese Dinge für die Patienten und auch für ihre Familien ebenso wichtig sind wie die akute medizinische Versorgung“, sagt Werner Görg. Eine besondere Hilfestellung können über Lebenswert Kinder bekommen, deren Eltern an Krebs erkrankt sind.

Manuela Twer weiß aus eigener Anschauung, wie wichtig es ist, in einer Notsituation nicht allein zu bleiben. Ihr Sohn erkrankte als kleines Kind schwer am Krebs. „Bei uns ist es am Ende gut verlaufen. Aber man hat als Familie in solchen Situationen ganz viel zu tragen. Und da ist es sehr gut zu wissen, wohin man sich



HELFT UNS LEBEN
e.V.

Eine Initiative für Kinder und Familien in Not
Rhein-Zeitung

Sparkasse Koblenz
DE7257050120000001313

wenden kann, um Unterstützung zu bekommen.“ Auch für die Leserinnen und Leser der Rhein-Zeitung sei die Arbeit von Lebenswert daher mit Sicherheit eine wichtige Möglichkeit, sich Hilfe zu suchen, wenn sie gebraucht werde. „Es ist uns somit eine Freude, die Arbeit von Lebenswert seitens HELFT UNS LEBEN zu unterstützen“, so Twer abschließend. loh

„Lebenswert“ hat hauptamtliche Mitarbeiter, an die man sich jederzeit wenden kann. Kontaktdaten und viele weitere Informationen finden sich im Internet unter der Adresse www.verein-lebenswert.de. Telefonisch ist der Verein unter der Rufnummer 0221/478 971 90 zu erreichen. Die Kontaktaufnahme kann persönlich oder über einen behandelnden Arzt erfolgen.

Land startet Aktionsplan gegen Lärm

Bürger sollen mitwirken

■ **Rheinland-Pfalz.** Anregungen von Bürgern sollen den Schutz der Rheinland-Pfälzer vor Lärm verbessern und in einen neuen Aktionsplan des Landes einfließen. Bis Ende Februar 2023 können Ideen auf einer Onlinebeteiligungsplattform, per E-Mail oder Post eingereicht werden, wie das Umweltministerium mitteilt. „Lärm ist für viele Menschen allgegenwärtig“, sagt Umweltministerin Katrin Eder (Grüne). Eine online einsehbare Lärmkartierung des Landesamtes für Umwelt (LfU) für das Jahr 2022 liefert einen Überblick. „Die Kartierung zeigt, dass neben den großen Städten auch viele kleinere Kommunen von Verkehrslärm stark betroffen sind“, sagt LfU-Präsident Frank Wissmann. Nun könne jede eingehende Stellungnahme dazu beitragen, wirkungsvolle Schutzmaßnahmen zu ergreifen. In den übergreifenden Aktionsplan sollen kommunale Pläne überführt werden. Der Ballungsraum Koblenz hat indes eigene Planungen. dpa